



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 23. September 2014
Bildungs- und Kulturverein e.V. - Süleymaniye Moschee,
Dotzheimer Str. 24-26, 65185 Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Michaela Apel (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr	Ende: 19:20 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 17/14)	(Drucksachenband 182)
Drucksachenlisten (DL Nrn. 45/14, 47/14)	(Drucksachenband 187)
Drucksachenlisten (DL Nrn. 48/14)	(Drucksachenband 188)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet die Bürgerfragestunde statt. Herr Robel wird seine Fragen schriftlich einreichen.

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Zu Beginn der Sitzung stellen Herr Sahin und Herr Akpinar den Bildungs- und Kulturverein vor und berichten z. B. über die Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit und stehen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Nach einer umfangreichen Diskussion tritt Vors. Apel in die Tagesordnung ein.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0064 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0065 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2014

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 08.07.2014 wird genehmigt.

Einstimmig

0066 14-F-33-0100

Integrationsbeauftragte in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 17.09.2013 -

Stv. Karpidou begründet den Antrag.

Stadtrat Dr. Franz weist darauf hin, dass eine Leitlinie beschlossen wurde, die den Integrationsbeauftragten an die Hand gegeben wurde. Am 06.03.14 hat ein Gespräch zwischen den Integrationsbeauftragten und Frau Stadträtin Scholz stattgefunden. Dabei hat man u. a. eine Adressenliste erstellt, um eine gewisse Vernetzung herzustellen. Die Integrationsbeauftragten haben ihre Arbeit aufgenommen.

Herr Burgmeier ergänzt, dass es in einigen Ortsbezirken Rückfragen gab, wie man denn an Migranten überhaupt herankommt. Es gab Ortsbeiräte, die signalisiert haben, dass in dem entsprechenden Ortsbezirk zu wenig Migranten wohnen würden und es gab auch die Aussage, dass man im Ortsbezirk gut zusammenlebe und eine gute Vernetzung habe, so dass eine weitere Unterstützung nicht notwendig sei.

In Heßloch wurde z. B. nach Kontaktmöglichkeiten zu den Amerikanern gefragt, wobei Amerikaner überhaupt keine Migranten sind, sondern hier stationiert sind. Die deutsch/amerikanische Freundschaft soll natürlich gepflegt werden, aber nicht unter dem Migrationsaspekt.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel berichtet, dass vor ca. 2 Jahren im Rahmen eines Projektes sichtbar wurde, dass ältere Migrant/innen bei Behördenbesuchen usw. Lotsen benötigen.
Er fragt nach, wie denn in den Zielgruppen bekannt gemacht wird, dass einen Integrationsbeauftragten gibt.

Herr Burgmeier erklärt dazu, dass man die Unterstützung älterer Migranten in ein Konzept einfließen lassen will und dies auch Schwerpunkt bei der Integrationskonferenz war. Wo Anlaufstellen für Migranten sind, versuche man mit dem Amt für Soziale Arbeit gemeinsam herauszufinden. Außerdem sollen in den Migrantenvereinen Menschen gefunden werden, die unterstützend tätig sind.

Stv. Schickel fragt nach der Broschüre, die als Orientierungshilfe aufgelegt werden sollte.

Dazu erklärt Herr Burgmeier, dass mit dem Erscheinen wahrscheinlich im Januar 2015 gerechnet werden kann.

Stv. Karpidou erklärt, dass der gem. Antrag von CDU und SPD durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden hat.

Der Magistrat wird gebeten, nach dem für Januar 2015 geplanten weiteren Gespräch mit den Integrationsbeauftragten dem Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

Einstimmig

0067 14-F-03-0088

Flüchtlingssituation in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 17.09.2014 -

Stv. Gaedeke begründet den Antrag.

Stv. Weck bitte um Aufnahme des Zusatzes „nach Ansicht des Magistrats in Ziffer 4. und Vors. Apel „unter Beachtung des Datenschutzes“ in Ziffer 5.

Stv. Dumont du Voitel stellt dar, dass sich die Flüchtlinge aus unterschiedlichsten Ethnien zusetzen. Man müsse beachten, wer mit wem gut auskomme. Man wolle nicht, dass sich die Gruppen bekriegen.

Stadtrat Dr. Franz stellt klar, dass es selbstverständlich sei, dass man keine Konflikte produzieren möchte. Die Unterbringung in Containern ist nicht als Dauerlösung gedacht, Aber man habe vorbeugen wollen, um nicht notfalls Flüchtlinge in Turnhallen oder Zelten unterbringen zu müssen.

Herr Burgmeier fragt nach bzw. stellt fest, dass mit dem Antrag keine personenbezogenen Daten abgefragt werden sollen, sondern dass man von generellen Angeboten rede.

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird in der geänderten Form angenommen.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0068 14-F-08-0053

Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 -

Stadtrat Dr. Franz berichtet, dass es unterschiedliche Auffassungen zu den Zuständigkeiten gegeben habe.

Klar sei jetzt, dass sowohl das Rechts- als auch das Hauptamt zuständig seien. Er bietet sich an, sich über den Sachstand zu informieren und den Ausschuss in der nächsten Sitzung über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Einstimmig

0069 14-F-33-0033

Mehr Migranten in sozialen Berufen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

Zu diesem Punkt liegen insgesamt 3 schriftliche Berichte vor, die der Ausschuss zur Kenntnis nimmt (Dezernat I vom 06.06.2014, Dezernat II vom 17.06.2014, Dezernat II vom 21.07.2014).

Grundsätzlich hat sich der Antrag durch die vorlegten Berichte erledigt.

Stv. Weck fragt nach, was die Formulierung im Bericht vom 17.06., man habe „10 bis 20 junge Leute erreicht“ konkret heiÙe. Haben diese Personen die Ausbildung beendet oder haben sie sich lediglich begonnen, Was ist danach passiert?

Stadtrat Dr. Franz geht davon aus, dass man unter Kenntnis des 2. Satzes in diesem Abschnitt davon ausgehen könne, dass die Personen die Kurse beendet haben.

Die Geschäftsstelle wird Dezernat II bitten, dies genauer zu erklären.

Der gem. Antrag von CDU und SPD hat durch die vorgelegten Berichte grundsätzlich seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0070 14-F-03-0041

Wiesbaden ist Fair-Trade-Stadt
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2014 -

Stv. Gaedeke bemängelt die knappe Antwort des Magistrats und das nach ihrer Meinung geringe Engagement der Landeshauptstadt Wiesbaden zu diesem Thema.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2014 betr.

Wiesbaden ist Fair-Trade-Stadt

hat durch den Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 27.06.2014 seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0071 14-F-03-0056

Betreuung von Kindern in Flüchtlingsunterkünften
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.04.2014 -

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.04.2014 betr.

Betreuung von Kindern in Flüchtlingsunterkünften

hat durch den Bericht des Magistrats (Dezernat II) vom 30.06.2014 seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0072 14-V-12-0001

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Das Protokoll der ersten Sitzung der Steuerungsgruppe am 23.07.2014 und Bekanntmachung zum Ausschreibungs- und Vergabeverfahren wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0073 14-V-51-0041

Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in vier Wohncontainern für Flüchtlinge auf einer Teilfläche des Grundstücks Friedrich-Bergius-Straße, Wiesbaden (Gemarkung Biebrich, Flur 3, Flurstück 269/39

Nichtbefassung wegen Unzuständigkeit des Ausschusses

Einstimmig

0074 14-V-67-0005

Änderung der Friedhofssatzung

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0075 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz wird von Herrn Stadtrat Dr. Franz vertreten, der dem Ausschuss Folgendes mitteilt:

- Am 01.10.2014 um 19 Uhr wird im Rathaus der Integrationspreis an Herrn Erdal Arslan vom Wiesbadener Kurier für die Zeitung „Mensch Westend“ verliehen.
- Im Anschluss an diese Veranstaltung ist ein weiterer Austausch über die Integrationskonferenz möglich.

Einstimmig

0076 14-F-33-0082

Welcome Center für ausländische Fachkräfte
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.07.2014 -

Herr Burgmeier ist zu diesem Thema anwesend und berichtet Folgendes:

- Es wurden Informationen eingeholt bei einer Mitarbeiterin der Arbeitsagentur, die bei der Konzeptionserstellung beteiligt war sowie einer derzeitigen Mitarbeiterin des WelcomeCenter in Frankfurt.
- Ursprünglich war das Welcome Center als relocation Service (Dienstleistungsangebot mit Unterstützung beim gesamten Umzugsprozess) für Fachkräfte geplant, die mit einem Arbeitsvertrag bei kleinen und mittelständischen Unternehmen nach Deutschland kommen, die sich keinen eigenen Relocation Service leisten können.
- Inzwischen kommen überwiegend Ratsuchende, die einerseits Arbeit suchen (da sich das Welcome Center in den Räumen der Arbeitsagentur befindet, eine logisch erscheinende Konsequenz) und deswegen eigentlich „formal“ nicht richtig sind und andererseits jede Menge Fragen haben, die sich vielen Neubürgern in einer Stadt stellen.
- Ebenso im Gebäude untergebracht ist die Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse für Frankfurter Bürger und die mobile Anerkennungsberatung für Nicht Frankfurter Bürger.
- Träger des Projektes ist die Handwerkskammer Frankfurt. Gelder zusätzlich ESF sowie Landesmittel (Wirtschaftsministerium) und Arbeitsagentur (Regionaldirektion Hessen). Befristet bis Ende 2014, Fortsetzung bis 2020 geplant.
- Was kann Wiesbaden davon lernen oder wie ist die Situation in Wiesbaden?
- Mit Ausnahme des kaum in Anspruch genommenen Relocation Service sind alle Angebote des Welcome Center in Wiesbaden zentral und dezentral vorhanden (Migrationsberatungsdienste, Integrationskursberatung) und in Wiesbaden gibt es ergänzende Projekte (Hallo - Willkommen in Wiesbaden u.a.). Ferner ab 2015 „Wegweiser für Migranten“.

Der Antrag hat durch die Aussprache seine Erledigung gefunden.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0077 14-A-21-0005

Städtepartnerschaften

1. Der Ausschuss nimmt die Zusammenstellung der Beschlusslage, der abgelehnten Anfragen und der noch offenen Anfragen von interessierten Städten zur Kenntnis.
2. Ein mögliches Verfahren, wie mit Anfragen interessierter Städte umzugehen ist und ob im Einzelfall die Begründung einer Partnerschaft sinnvoll erscheint, sollte auf Fraktionsebene diskutiert werden.
3. Eine Entscheidung bleibt abzuwarten.

Einstimmig

0078 Verschiedenes

1. Herr Robel, Bürger aus Wiesbaden, wird seine Fragen aus der heutigen Bürgerfragestunde schriftlich einreichen.
2. Die nächste Sitzung des Ausschusses am 11.11.2011 wird im Rathaus stattfinden.
3. Das Institut Lernplanet wird angefragt, ob es interessiert ist, seine Arbeit in der Sitzung am 11.11.2011 vorzustellen.
4. Die Sitzung des Ausschusses am 09.12.2014 soll in den Räumen der Ausländerbehörde stattfinden. Der Ausschuss möchte in diesem Rahmen den neu gestalteten Wartebereich besichtigen.
5. Die Vorbereitung der Dezember-Sitzung wird in Absprache zwischen dem Magistrat (Dezernat V) und der Geschäftsführung des Ausschusses erfolgen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .10.2014

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. September 2014

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Apel

Weck

Koba